

Demokratiezentrum Baden-Württemberg



*„Plurale
Meinungsbildung als
Grundlage für gute
Entscheidungen“*

Sehr geehrte Damen und Herren,

in jeder Gesellschaft gibt es Kontroversen und Auseinandersetzungen darüber, welche politischen Entscheidungen die richtigen sind. Das ist normal und das ist gut so. Diese Aushandlungsprozesse sind nicht immer leicht und benötigen Zeit, weil wir auf eine plurale Meinungsbildung setzen als Grundlage für gute Entscheidungen. Genau dafür steht Demokratie. Sie gründet allerdings auf Werte, die sie selbst nicht herstellen kann. Respekt, Engagement und Toleranz der Bürgerinnen und Bürger füreinander und untereinander sind zuallererst Sache jedes und jeder Einzelnen.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg stärkt vor Ort diese Werte, steht gegen Extremismus jeder Art und setzt auf die Teilhabe aller, die sich für ein vielfältiges und tolerantes Land engagieren. Baden-Württemberg ist ein Flächenland. Gerade deshalb ist der konzeptionelle Ansatz des Demokratiezentrums, regionale Anlaufstellen und regionale Demokratiezentren in den einzelnen Stadt- und Landkreisen einzurichten und mit landesweiten Fachstellen zu vernetzen, von besonderer Bedeutung.

Für diese wichtige Arbeit in den Bereichen Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention gilt allen Engagierten in den Fachstellen, Netzwerken und Bündnissen mein besonderer Dank!

Ihr Manne Lucha
Minister für Soziales und Integration

Regional und vernetzt

Wenn Sie irgendwo Hakenkreuzschmierereien sehen, wenn Sie sich für andere engagieren und dafür im Netz Hasskommentare erhalten oder wenn Sie Jugendlichen vermitteln möchten, was eine liberale Demokratie ist, und Sie sich im Bereich Menschenrechtsbildung qualifizieren möchten, dann wenden Sie sich bitte an das Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Das Demokratiezentrum arbeitet als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention. Kompetente Träger arbeiten in landesweit tätigen Fachstellen in einem integrierten und vernetzten Ansatz mit kommunalen Stellen zusammen. Bundesweit einmalig sind die acht Regionalen Demokratiezentren, über die sämtliche Angebote des

Demokratiezentrums vor Ort abrufbar sind. In 25 Stadt- und Landkreisen bieten Beratungsstellen durch geschulte Fachkräfte Beratung und Unterstützung an.

Vielfältige Angebote für unterschiedliche Anforderungen

Wer für die liberale Demokratie eintritt, steht vor wachsenden Herausforderungen. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet Beratung, Angebote und fachliche Begleitung für unterschiedliche Zielgruppen und Situationen an.

In Planspielen und Seminaren erfahren Jugendliche spielerisch, wie sie sich an demokratischen Aushandlungsprozessen beteiligen und Probleme gemeinschaftlich lösen können. Sie lernen anhand ei-

gener Erfahrungen, wie beispielsweise Hass im Internet wahrgenommen und wie darauf reagiert werden kann. Fachkräfte der Jugendsozialarbeit, Lehrkräfte und Ehrenamtliche informieren sich in Vorträgen über aktuelle Entwicklungen und Präventionsstrategien. Sie werden in Workshops für den Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Abwertungsmechanismen sensibilisiert und lernen unter anderem, Funktionsweisen von Populismus zu durchschauen.

Spezielle Schulungen befähigen Fachkräfte dazu, selbst Workshops mit Jugendlichen durchzuführen und diese in unterschiedlichen Themenbereichen als Mentorinnen und Mentoren auszubilden. Zudem werden Fachkräfte als kommunale und mobile Beraterinnen und Berater

Fortsetzung auf Seite 2

ausgebildet und zertifiziert. Damit wird vor Ort die Demokratieförderung und die Extremismusprävention gestärkt. Bitte beachten Sie die Auswahl der zumeist kostenfrei abrufbaren Angebote auf den Seiten 10 bis 12.

Fachstellen mit Spezialisierungen

Die landesweiten Fachstellen im Demokratiezentrum sind Spezialistinnen in ihren jeweiligen Aufgabengebieten: Beratung bei rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Vorfällen bieten die Fachstellen „kompetent vor Ort. Gegen Rechts-Extremismus“ und „mobirex – mobile Beratung gegen Rechts“ an. Betroffene von rechter Gewalt erhalten durch die Fach-

stelle „LEUCHTLINIE“ Unterstützung. Die Fachstelle „PREvent!on“ entwickelt Angebote zur Prävention von religiös begründetem Extremismus. Pädagogische Ansätze zur Distanzierungshilfe für Jugendliche gegenüber extremistischen Milieus werden von der Fachstelle „FEX“ angeboten. Alle Fachstellen arbeiten durch ständigen fachlichen Austausch Phänomene-übergreifend zusammen.

Regionale Demokratiezentren: Lokale Antworten auf globale Probleme

Schlägt man die Tageszeitungen auf oder geht man nach den Informationsstreams der sozialen Medien, wird man von schlechten Nachrichten demokratiefeindlicher Entwicklungen nahezu täg-

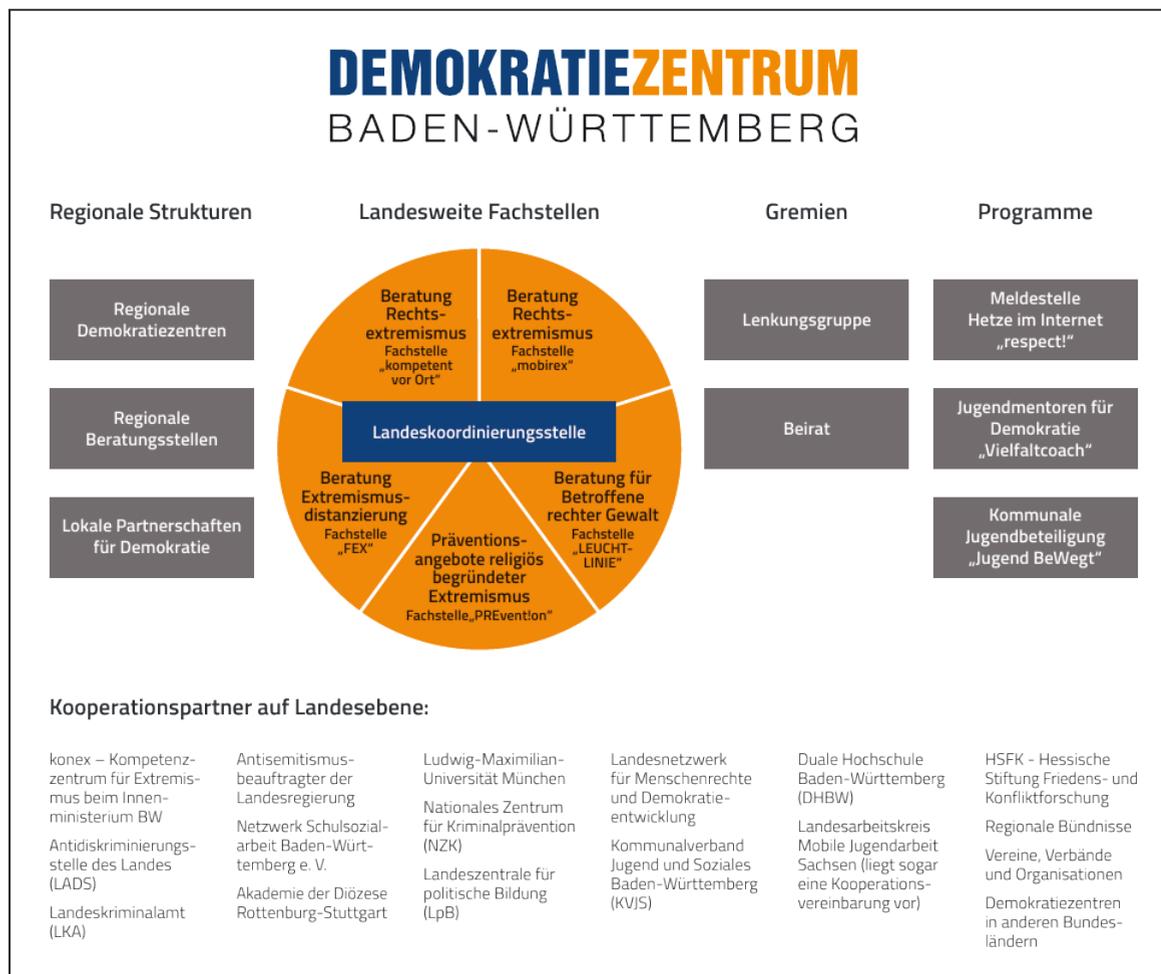
lich begleitet: In Deutschland, Europa und weltweit nimmt der Einfluss des Rechtspopulismus zu, der Grundlagen der liberalen Demokratie verneint oder sogar bereits teilweise außer Kraft gesetzt hat. Regierungen zeigen offen demokratiefeindliche Tendenzen, eine neue Qualität von globalem Terrorismus greift die offene Gesellschaft mit Gewaltakten an, Rassismus ist ein nahezu alltägliches Phänomen geworden.

Diese Probleme und Herausforderungen spielen sich jedoch nicht ausschließlich auf einer abstrakten Ebene irgendwo in der Welt oder in der Bundespolitik ab, sondern auch und gerade vor Ort – in den Kommunen, in den Vereinen, in den Schulen. Auch Jugendliche aus Baden-Württemberg haben sich von

der Propaganda des IS-Terrorstaats angesprochen gefühlt und sind in den Djiha nach Syrien und in den Irak ausgereist. Vor allem in kleinen Gemeinden werden zahlreiche Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte oder andere rassistische Angriffe verübt, wie die „Chronik der antidemokratischen Vorfälle“ des Demokratiezentrams seit 2017 aufzeigt, und in Gemeinde- und Kreisräten sehen sich die zumeist ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagierten kommunalpolitisch Verantwortlichen mit rechtspopulistischen Agitationen konfrontiert, denen es nicht um eine demokratische Debatte geht, sondern um Skandalisierung und Angstmache.

Doch nicht nur die Probleme sind auf der Ebene der lokalen Gemeinschaft greifbar – sondern auch deren Lösungen: So ist das zentrale Ergebnis des Treffens des Radicalisation Awareness Network (RAN) im September 2018 mit Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen, Praktikern und Vertretern lokalpolitischer Strukturen aus 26 EU-Mitgliedsstaaten, dass gewaltbereitem Extremismus nur wirksam entgegengetreten werden kann, wenn mehrere relevante Institutionen lokal zusammenwirken. Die Präventions- und Beratungsangebote müssen darin eingebettet sein und die ganze Gesellschaft einschließen. „Inselösungen“ funktionieren nicht.

Mit dem Ziel, Regionale Demokratiezentren einzurichten und damit kommunale Akteure und Akteurinnen im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention zu unterstützen, geht das Demokratiezentrum Baden-Württemberg bundesweit voran. In Baden-Württemberg gibt es auf kommunaler und auf Kreisebene gewachsene Strukturen der Jugendsozialarbeit, eine aktive Zivilgesellschaft mit einem hohen Grad an freiwilligem Engagement und einem Bewusstsein für kommunalpolitische Verantwortung. Dies bietet die Grundlage für eine Wertegemeinschaft, die extremen Ideologien entgegenzuwirken vermag. Aufgabe ist es, vorhandene Kräfte in der lokalen Gemeinschaft zu bündeln und zu qualifizieren, damit Widerspruch gegen Polarisierung, Populismus und Rassismus erfolgversprechend wird und diesen positive Handlungsmöglichkeiten entgegengesetzt werden können.



IMPRESSUM

Die Beilage „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ wird herausgegeben von der Jugendstiftung Baden-Württemberg.



- Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstr. 23
74372 Sersheim
Tel.: (0 70 42) 83 17-0
E-Mail: info@jugendstiftung.de
www.jugendstiftung.de
- Programm-Homepage:
www.demokratiezentrum-bw.de

- Konzeption: Wolfgang Antes
- Redaktion: Günter Bressau
- Lektorat: Isolde Bacher
- Titel: iStock/Cecilie_Arcurs
- Druck: Ungeheuer + Ulmer KG
GmbH + Co, Körnerstraße 14 - 18,
71634 Ludwigsburg
- Juni 2019

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und durch das Ministerium für Soziales und Integration.



Dafür sind kompetente und in ihrer Region jeweils mit den relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren vernetzte Träger notwendig. Kriterien für die Auswahl der Standorte Regionaler Demokratiezentren sind deshalb ausgeprägte Vernetzungsstrukturen, Erfahrung im Bereich der Präventions- und Beratungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ein Konzept zur qualifizierten Weiterentwicklung in den relevanten Themenfeldern. Eine wichtige Aufgabe bei der Weiterentwicklung der Regionalen Demokratiezentren kommt den landesweit tätigen Fachstellen zu, die erprobte Angebote bereitstellen, Fachkräfte vor Ort qualifizieren und die Fachlichkeit der Arbeit vor Ort absichern.

Landesweite Vernetzung und flankierende Programme

Die Vernetzung der Fachstellen untereinander und mit den Regionalen Demo-

kratiezentren, die Organisation der Qualifizierungsangebote und der landesweiten Fachveranstaltungen erfolgt über die Landeskoordinierungsstelle des Demokratiezentrum. Über die Landeskoordinierungsstelle wurden zudem flankierend Programme entwickelt, die landesweit wirksam sind. Die Meldestelle „respect!“ ist bundesweit die erste Meldestelle für Hetze im Internet, die gemeldete Vorfälle bei vermuteter strafrechtlicher Relevanz anzeigt und Löschanträge bei Internet Providern stellt. Die Ausbildung zum „Vielfaltcoach“ ist eine anspruchsvolle und bei Jugendlichen begehrte Qualifizierung, die jedes Jahr rund 100 Jugendliche durchlaufen. Sie führen in Vereinen, Schulen oder im kommunalen Umfeld Projekte zur Menschenrechtsbildung und Demokratieförderung durch.

„Jugend BeWegt – Politik konkret“ ist ein Förderprogramm des Demokratiezentrum und der Jugendstiftung für Kommu-

nen, die dauerhaft verschiedene Formen der Jugendbeteiligung als Qualitätsmerkmal in ihrer Kommune verankern möchten.

Ein Blick in die Zukunft

Den komplexen Herausforderungen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Extremismusprävention stellt sich das Demokratiezentrum in einem starken Netzwerk aus kompetenten Partnerinnen und Partnern aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Experten aus Wissenschaft und Praxis. Die derzeitigen politischen Herausforderungen waren so vor fünf Jahren kaum voraussehbar gewesen, umso schwerer fällt es, eine Prognose für die weiteren Entwicklungen abzugeben. Das Demokratiezentrum wird maßgeblich durch Mittel des Landes über das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg und durch Gelder

aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert, das in einer neuen Förderperiode von 2020 bis 2024 fortgeführt wird. Es gilt, auf aktuelle Entwicklungen flexibel reagieren zu können und das Erreichte weiter in Regelstrukturen zu verankern und zu konsolidieren. Dabei gewinnen der weitere Ausbau und die Qualifizierung der Regionalstrukturen, allen voran der Regionalen Demokratiezentren, eine zentrale Bedeutung.

TEXT:

Günter Bressau
Leiter Landeskoordinierungsstelle
Demokratiezentrum Baden-Württemberg

WEITERE INFORMATIONEN:

www.demokratiezentrum-bw.de

Demokratiezentrum vor Ort



- 01 Regionales Demokratiezentrum Albbündnis**
Landkreis Reutlingen,
Landkreis Sigmaringen,
Landkreis Tübingen,
Zollernalbkreis
- 02 Regionales Demokratiezentrum Böblingen**
Landkreis Böblingen
- 03 Regionales Demokratiezentrum Freiburg**
Freiburg im Breisgau (Stadtkreis)
- 04 Regionales Demokratiezentrum Göppingen**
Landkreis Göppingen
- 05 Regionales Demokratiezentrum Karlsruhe**
Karlsruhe (Stadtkreis)
- 06 Regionales Demokratiezentrum Konstanz**
Landkreis Konstanz
- 07 Regionales Demokratiezentrum Oberschwaben**
Landkreis Biberach,
Landkreis Ravensburg
- 08 Regionales Demokratiezentrum Pforzheim**
Pforzheim (Stadtkreis)
- 09 Beratungsstelle Biberach**
Landkreis Biberach
- 10 Beratungsstelle Breisgau-Hochschwarzwald**
Freiburg im Breisgau (Stadtkreis)
- 11 Beratungsstelle Esslingen**
Landkreis Esslingen
- 12 Beratungsstelle Hohenlohekreis**
Hohenlohekreis
- 13 Beratungsstelle Karlsruhe**
Landkreis Karlsruhe
- 14 Beratungsstelle Lörrach**
Landkreis Lörrach
- 15 Beratungsstelle Main-Tauber-Kreis**
Main-Tauber-Kreis
- 16 Beratungsstelle Mannheim**
Mannheim (Stadtkreis)
- 17 Beratungsstelle Ostalbkreis**
Ostalbkreis
- 18 Beratungsstelle Rastatt**
Landkreis Rastatt
- 19 Beratungsstelle Ravensburg**
Landkreis Ravensburg
- 20 Beratungsstelle Rems-Murr-Kreis**
Rems-Murr-Kreis
- 21 Beratungsstelle Reutlingen**
Landkreis Reutlingen
- 22 Beratungsstelle Schwäbisch Hall**
Landkreis Schwäbisch Hall
- 23 Beratungsstelle Sigmaringen**
Landkreis Sigmaringen
- 24 Beratungsstelle Stuttgart**
Stuttgart (Stadtkreis)
- 25 Beratungsstelle Tübingen**
Landkreis Tübingen
- 26 Beratungsstelle Weinheim**
Rhein-Neckar-Kreis
- 27 Beratungsstelle Zollernalb**
Zollernalbkreis

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg ist mit landesweit tätigen Fachstellen und Programmen sowie mit Regionalen Beratungsstellen und acht Regionalen Demokratiezentren vor Ort in Baden-Württemberg vertreten. Als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernet-

zungszentrum bietet das Demokratiezentrum Baden-Württemberg Beratung, Workshops, Planspiele und Fachveranstaltungen in den Themenfeldern Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention flächendeckend an.



FOTO: iStock/PEOPLEIMAGES

Gut beraten Zivilgesellschaft stärken – Demokratie fördern

Seit 2008 finden Menschen, die mit extrem rechts und demokratiefeindlich motivierten Vorkommnissen oder Zuständen konfrontiert werden, Unterstützung in der Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“.

Aufgaben der Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“

Die Aufgabe der Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ liegt nicht nur darin, die Vor-Ort-Beratung zu koordinieren und zu begleiten. Wir vermitteln Beratungsanfragen, die uns telefonisch, per E-Mail oder über den Meldebutton der Website oder über das Netzwerk erreichen. Nicht nur Bündnisse fragen nach Beratung, sondern auch Schulen, Vereine und Einzelpersonen. Die Zusammenarbeit mit Präventionslehrkräften, Verbänden und Präventionsbeauftragten der Polizei hilft uns dabei, dass Beratungssuchende, die das Angebot noch nicht kennen, uns erreichen.

Beratungsanlässe sind sehr unterschiedlich, weshalb Beratung immer individuell, vertraulich und aufsuchend angeboten wird. Es mag ähnlich gelagerte Vorfälle geben, wie jüngst das vermehrte Auftauchen von WhatsApp-Gruppen in Schulklassen mit extrem rechten Inhalten. Eine Standardlösung kann es jedoch nicht geben, denn immer unterscheiden sich die Bedingungen im Einzelfall.

Neben der Beratung liegt in der Qualifizierung ein weiteres zentrales Arbeitsfeld der Fachstelle. Ziel ist es, Basiswissen in die Breite zu tragen. Über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wird die Bekanntheit des Netzwerks gestärkt. Außerdem bringen sie ihre Wahrnehmung von antidemokratischen Vorfällen und Zuständen ins Netzwerk ein. Das Qualifizierungsangebot wird angenommen, die Seminare sind mehrheitlich ausgebucht. Sie stehen allen Interessierten offen. Mit der Fortbildung zum kommunalen Berater bzw. zur kommunalen Beraterin Extremismusprävention werden gezielt

Fachpersonen mit pädagogischer Vorbildung angesprochen.

Vor Ort mit Fachtagen, Seminaren, Projekten

Das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern an Informationsveranstaltungen zum Umgang mit Rechtspopulismus wächst, insbesondere im Kreis der pädagogischen Fachkräfte und der in der Flüchtlingsarbeit Aktiven. Die Nachfrage erfordert viel Einsatz seitens der Fachstelle, denn auch hier müssen Inhalte auf das lokale und regionale Umfeld hin angepasst und ständig aktuell gehalten werden. Diese Einladungen sind wertvoll, bieten sie doch Gelegenheit, interessierte Menschen in ihrem Engagement zu unterstützen: vor Ort mit Beratung und Informationsveranstaltungen, mit Fachbeiträgen und Publikationen, mit der Erarbeitung und Bereitstellung neuer Materialien sowie mit einem Qualifizierungsangebot.

Bündnisse machen Zivilgesellschaft stark

Ein „Bündnis“ ist ein Zusammenschluss von Gleichgesinnten, die sich für ein gemeinsames Ziel einsetzen möchten. Die juristische Einordnung ist schwierig.

Oft gibt es innerhalb eines Bündnisses unterschiedliche Auffassungen dazu, welche Maßnahmen geeignet sind, um die gemeinsame Überzeugung in die Öffentlichkeit zu tragen. Wie viel Engagement nötig und erforderlich ist, um das Bündnis voranzubringen. Mit welchen Organisationen kooperiert werden soll oder nicht. Wie überhaupt gemeinsame Bündnisziele formuliert werden können.

Seit Beginn der Diskussionen um die Aufnahme von Geflüchteten hat die Gründung von „Bündnissen für Demokratie gegen Rechts“ in Baden-Württemberg zugenommen. Erfreulich viele – und doch noch nicht genug – Menschen haben erkannt, dass der liberale und pluralistische Charakter unserer Demokratie verteidigt und gelebt werden muss. Sie fühlen sich im Bündnis vereint in dem Anliegen, sich gegen rechtspopulistische und extrem rechte Gruppen und Einstellungen zu positionieren.

Beratung von Bündnissen wird immer wieder angefragt. Doch berät in der Regel nicht die Fachstelle, vielmehr beraten die Beraterinnen und Berater aus dem Netzwerk „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“. Das Netzwerk ist in 25 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs mit einer regionalen Beratungsstelle direkt vor Ort vertreten, und über die koordinierende Fachstelle können weitere qualifizierte Beraterinnen und Berater dort eingesetzt werden, wo noch keine regionale Anlaufstelle existiert. Der Vorteil liegt auf der Hand: Die Situation

in der Region ist bekannt, ebenso Ansprechpersonen und mögliche interessierte Organisationen und Institutionen.

Ein Beispiel dafür bietet das zivilgesellschaftliche Engagement in Burladingen im Zollernalbkreis: Die Burladinger wurden nicht gefragt, als ihr als parteilos gewählter Bürgermeister im März 2018 der AfD beitrug. Viele forderten damals seinen Rücktritt, doch Bürgermeister Ebert ließ sich davon nicht beeindrucken, sondern steuerte seinen Kurs, ohne Absprachen und ohne ein Einverständnis seines Gemeinderats anzustreben. Die Zivilgesellschaft wurde aktiv und formierte sich zum Bündnis „Burladingen ist bunt – Bündnis für Offenheit und Menschlichkeit“. Hier bietet sich Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich zu engagieren. Das Bündnis bezieht Stellung und zeigt sich öffentlich mit Podiumsdiskussionen, Informationsveranstaltungen und Info-Ständen, an denen sich die Burladinger beteiligen können, um ihre demokratische Haltung zu zeigen – auch jüngst, als der Bürgermeister in einem weiteren einsamen Entschluss den weit rechts stehenden „Flügel“ der AfD in die Burladinger Stadthalle einlud. Schon im März 2018 haben alle Fraktionen des Burladinger Gemeinderats dem Bündnis ihre Unterstützung zugesagt. Das gelingt selten und zeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement sich lohnt.

TEXT:

Angelika Vogt
Demokratiezentrum Baden-Württemberg

WEITERE INFORMATIONEN:

www.demokratiezentrum-bw.de

KONTAKT:

Angelika Vogt
Fachstelle
kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus
E-Mail: vogt@jugendstiftung.de
Tel.: (0711) 835 09 52
Mobil: 0152 286 444 90

Über Aktuelles und Angebote informiert der monatlich erscheinende Newsletter des Demokratiezentums: <https://newscenter.demokratiezentrum-bw.de/newsletter/abo>



FOTO: iStock/TRILOKS

Narrative extremistischer Gruppierungen in Reichweite eines Klicks

Die Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) wird seit Mai 2015 in Baden-Württemberg von der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork e. V. umgesetzt. Sie ist verantwortlich für die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ beschriebene Aufgabe der Distanzierungshilfe bzw. der Ausstiegsberatung.

Gemeinsam mit anderen Fachstellen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg (DZBW) wurde ein Konzept entwickelt, das ideologieunabhängige Faktoren bei Radikalisierungsprozessen in den Vordergrund rückt und sich mit der Entwicklung von pädagogischen Handlungsansätzen beschäftigt, um diesen zu begegnen.

Die Fachstelle selbst setzt ein eng verwobenes Konzept mit der Fachstelle zu religiös begründetem Extremismus um. Um inhaltliche Doppelungen zu vermeiden, wirft dieser Artikel einen ausgewählten Blick auf ein Modellprojekt zur Stärkung im Umgang mit Hass im Netz. Dieses wird federführend von FEX in Kooperation mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg und der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg realisiert.

In diesem Ansatz spielt die Auseinandersetzung mit den online verfügbaren Narrativen, Social-Media-Kanälen und Anwendungen bereits eine gewichtige Rolle. Bei Gruppierungen wie beispielsweise der „Identitären Bewegung“ auf der politisch rechtsextremen Seite und Akteuren wie der salafistischen „Al Muhajirun Media“ standen immer schon

digitale Erscheinungsformen radikaler Ideologien und das Agieren ihrer Vertreterinnen und Vertreter im Fokus der Aufmerksamkeit.

Im Bereich der Distanzierungshilfen sind Angebot und Nachfrage radikaler Ideologien bezüglich der individuellen Deutung von relativen Deprivationssituationen zentral. War es früher noch notwendig, dass sich diese individuell wahrgenommene Unzufriedenheit durch lokale radikale Organisationen instrumentalisierte, befindet sich heute in den Weiten des Internets jede noch so fragwürdige Weltsicht samt dazugehörigem Netzwerk in Reichweite eines Klicks.

Soziale Netzwerke stellen nicht nur für Jugendliche einen wesentlichen Teil der Lebenswelt dar. Sie bieten vielfältige Möglichkeiten der Information, der Unterhaltung, des Austauschs und der Kommunikation sowie der Partizipation.

Zunehmende Professionalisierung radikaler Akteurinnen und Akteure

Kombiniert mit der Tatsache, dass die drei beliebtesten Angebote für junge Menschen YouTube, WhatsApp und Insta-

gram sind, ergibt sich eine Ausgangslage, in der Handeln geboten scheint. Bedienen doch gerade auch die oben benannten Akteure aus der rechtsextremen und salafistischen Szene diese Kanäle sehr professionell, meist tagesaktuell und selten so, dass man ihre ideologische Ausrichtung und Agenda direkt erkennt.

Bei einer solch komplexen, unsichtbaren, aber schnell erreichbaren und grenzenlosen Welt ist es wichtig, die Jugendlichen wie auch die erwachsenen Bezugspersonen über die Gefahren der Netzpropaganda der Extremisten aufzuklären. So wird auf verschiedenen Ebenen zum Hass gegen andere aufgerufen, in Form von Gewalt, Ausgrenzung oder Benachteiligung. Gruppenbezogene Abwertungen finden hierbei ihren Weg auch in realweltliche Bezüge. Antisemitismus, Sexismus, Homophobie oder antimuslimischer Rassismus sind nur einige Kategorien, in denen Hassreden im Netz stattfinden. Mit der aktiven Umsetzung von Hassreden kann nicht nur für Jugendliche ein Prozess der sprachlichen Enthemmung und damit der Radikalisierung einhergehen.

Das gemeinsame Modellprojekt „Da. Gegen.Red.“ setzt genau an diesem

Punkt an und bietet für Fachkräfte wie auch für Jugendliche Einblicke in Funktionsweisen sozialer Medien sowie in Strategien extremer Gruppierungen und erarbeitet in Workshops gemeinsam mit den Teilnehmenden Strategien, diesem Hass entgegenzutreten.

TEXT:

Mathieu Coquelin
Demokratiezentrum Baden-Württemberg

KONTAKT:

Mathieu Coquelin M. A.
Leitung
Fachstelle Extremismusdistanzierung
Im Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Zwischen Präventionslogik und wechselseitiger Radikalisierung



FOTO: iStock/SANIERI

Der „Islamische Staat“ hat sein Territorium verloren, das Narrativ eines vermeintlichen Gottesstaates als zentraler Bezugspunkt der salafistischen Szene hat an Schlagkraft verloren und in Deutschland und ganz Europa stehen salafistische Gruppierungen unter hohem Verfolgungsdruck durch die Sicherheitsbehörden. Und dennoch: Diese religiös verbrämte Ideologie schafft es weiterhin, vor allem bei jungen Menschen Fuß zu fassen und ihre Bedürfnisse nach Identität und Zugehörigkeit zu stillen. Aus diesem Grund werden Präventionskonzepte zusehends wichtig, die diejenigen Strukturen stärken, die bereits mit jungen Menschen arbeiten, denn auf diese Weise können die Rekrutierungspraktiken salafistischer Akteure wirkungsvoll unterminiert werden.

Salafisten seien die besseren Sozialarbeiter

Dieser Ausspruch eines bekannten Buchautors konnte sich lange im Diskurs halten und wurde allzu oft als der Wahrheit letzter Schluss angesehen. Salafistische Anwerbestrategien sind mit Sicherheit gut durchdacht, nur sind sie keinesfalls besser als diejenigen der Fachkräfte, die in Jugendhäusern, Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe und weiteren Insti-

tutionen ihrer Profession nachgehen. Es ist vielmehr die Komplexität aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen, die einfache Weltdeutungen in einem hellen, attraktiven Licht erscheinen lässt. Dies ist nicht nur im religiösen Extremismus, sondern auch im Kontext rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Kreise zu erkennen. Die Wechselwirkung der extremistischen Pole – in der Radikalisierungsforschung als reziproke Radikalisierung bezeichnet – stellt die aktuell größte Herausforderung dar: Extremistische Akteure brauchen sich gegenseitig. Ohne den Salafismus fehlt dem Rechtsextremismus ein zentrales Feindbild, während islamfeindliche und diskriminierende Äußerungen von rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Seite salafistischen Akteuren in die Hände spielen.

Qualifizierung der Regelstrukturen

Die Qualifizierung von (pädagogischen) Fachkräften im Umgang mit diesen Wechselwirkungen beschreibt den Kernbereich der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus. Das Deuten von Anzeichen einer Radikalisierung, der pädagogische Umgang damit und auf der anderen Seite auch die Fähigkeit, Alarmismus entgegen-

zuwirken und Polarisierung zu vermeiden, sind zentrale Kompetenzen, die eine Fachkraft in den Qualifizierungsveranstaltungen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg erlernt. Um Präventionsarbeit nachhaltig zu etablieren, werden in ganz Baden-Württemberg Fachkräfte zu sog. *Beraterinnen und Beratern Extremismusprävention* ausgebildet, die in ihrem Arbeitsumfeld als Ansprechpartner fungieren, um die Anzeichen einer Radikalisierung richtig zu deuten. Diesen Maßnahmen liegt das Verständnis zugrunde, dass pädagogische Fachkräfte bereits das Handwerkszeug besitzen, um mit Jugendlichen, die sich möglicherweise in prekären Lebenslagen befinden, lösungsorientiert und empathisch zu arbeiten, sodass die Aufgabe sein muss, diese Kompetenzen mit spezifischen Handlungsweisen zu extremistischer Radikalisierung zu verbinden. In einem Qualifizierungssystem mit sechs Modulen werden Fachkräfte dazu befähigt, eben diese Verbindung herzustellen. Flankierend zur Tätigkeit als *Beraterin oder Berater Extremismusprävention* können sie Workshops und Planspiele für Jugendgruppen und Schulklassen anbieten. Diese Angebote werden von den Fachstellen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg konzipiert, um mit Jugendgruppen niedrig-

schwellig teils komplexe Themen anzusprechen und Diskussionen anzuregen.

Präventionslogik der Jugendarbeit

Die Regelstrukturen der Jugend- und Jugendsozialarbeit sind allzu oft Ansatzpunkt für präventive und auch intervenitive Maßnahmen, sei es im Bereich der Sucht- oder eben auch der Extremismusprävention. Eine Prämisse muss deshalb sein, diese Strukturen nicht zu überfrachten und der *Präventionskonjunktur der Jugendarbeit*, wie die Soziologen Werner Lindner und Thomas Freund die vorherrschende Präventionslogik der Pädagogik einst bezeichneten, mit Bedacht gegenüberzutreten. Denn: Jugendarbeit ist zunächst Jugendarbeit, sie mag präventive Wirkung haben, sie hat jedoch – ganz im Gegensatz zu explizit auf Prävention ausgerichteten Programmen – vor allem eine fördernde und keine verhindernde Stoßrichtung. Insbesondere die Ausgestaltung von Förderprogrammen sollte diese Prämisse berücksichtigen. Doch welche Implikationen hat diese Erkenntnis für die Arbeit des Demokratiezentrums Baden-Württemberg gegen religiös begründeten Extremismus?

Die zentrale landesweit tätige Fachstelle stellt Methoden und Materialien für Fachkräfte zur Verfügung, um diese handlungsfähig zu machen. Die Ausrichtung der Angebote ist ausschließlich fördernd und folgt dabei keiner Verhinderungslogik. Diese Ausrichtung ist der Fachstelle vorbehalten, die mit konkreten Präventionskonzepten einzelne Fachkräfte weiterbildet, um im Bedarfsfall das Kollegium zu beraten und entsprechende Tendenzen richtig einzuschätzen. Das landesweite Netzwerk des Demokratiezentrums Baden-Württemberg mit Regionalen Demokratiezentren bietet Strukturen, die eben diesen Ansatz mit einer langfristigen Perspektive strukturell verankern.

TEXT:

Jens Ostwaldt
Demokratiezentrum Baden-Württemberg

WEITERE INFORMATIONEN:

www.demokratiezentrum-bw.de

KONTAKT:

Jens Ostwaldt
Fachstelle PREvent!on – Fachstelle für die Prävention von religiös begründetem Extremismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg
E-Mail: ostwaldt@demokratiezentrum-bw.de

Die Meldestelle respect! – Kooperation als Teil des Konzepts

Chancen einer gelingenden Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und neuen sozialen Bewegungen im Kampf gegen Online-Hass.

Seit ihrer Einrichtung im Juli 2017 hat die *Meldestelle respect!* sich zu einer verlässlichen Partnerin für Betroffene von Hass im Netz entwickelt.

Über das Meldesystem, das von der Jugendstiftung Baden-Württemberg im Rahmen des Demokratiezentrum eingereicht wurde, können Hasskommentare aus den sozialen Medien gemeldet werden. Diese Beiträge werden dann nach *juristischen Kriterien* eingeschätzt. Können dabei strafbare Inhalte festgestellt werden, erfolgen eine Anzeige bei der Polizei und ein Löschauftrag beim Provider der entsprechenden Plattform.

Die Nutzerinnen und Nutzer sind über ständige Rückmeldungen fest in diesen Prozess eingebunden und haben zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit, Fragen zum Vorgang zu stellen.

Konzeptionell beschritt *respect!* damit von Beginn an Neuland. Vor allem deshalb, weil für den Erfolg des ehrgeizigen Vorhabens eine sehr spezielle Unterstützungs- und Netzwerkstruktur notwendig wurde. Dabei parallel mit Strafverfolgungsbehörden und zivilgesellschaftlichen Initiativen eine belastbare und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu etablieren, war eine der großen Herausforderungen des Projekts.

Kooperation mit dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA)

Die ersten Gesprächstermine mit dem LKA fanden bereits statt, kurz nachdem die Meldestelle ihre Arbeit aufgenommen hatte. In einem konstruktiven Austausch wurden das Konzept präsentiert und die Schnittstellen der Arbeitsabläufe von *respect!* zur Polizeiarbeit besprochen. Das gemeinsam identifizierte Ziel, Arbeitsprozesse möglichst kompatibel zu gestalten, findet sich auch in der seitdem verstetigten Kooperation wieder.

„(...) Gemeinsam wollen Demokratiezentrum und LKA durch ein aufwändig abgestimmtes Verfahren gegen Hasskriminalität im Internet vorgehen. Hierbei kommt nicht nur einer konsequenten Strafverfolgung, sondern insbesondere auch der Löschung inkriminierter Inhalte eine besondere Bedeutung zu. Denn auch das World Wide Web ist kein rechtsfreier Raum.“

respect! leistet in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung von rechtswidrigem Verhalten in der virtuellen Welt. (...)

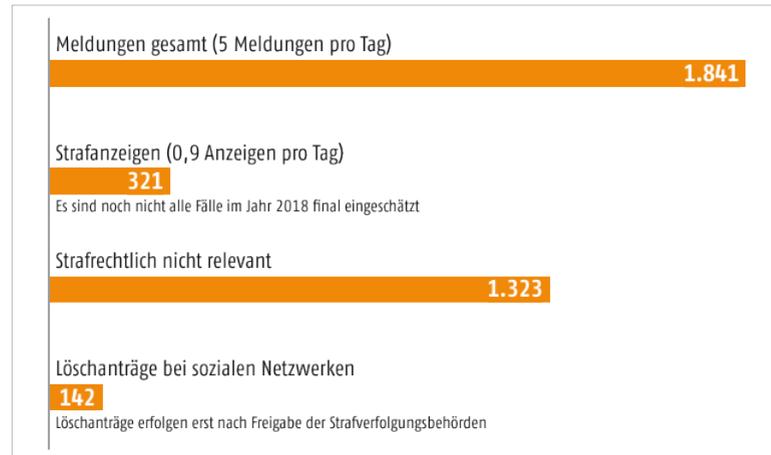
Auszug aus einer Stellungnahme des LKA Baden-Württemberg

Der gegenseitige Wille, in eine produktive Zusammenarbeit zu investieren, zeigt sich auch in der Etablierung von regelmäßigen Arbeitstreffen. Jenseits einer alltäglichen, fallbezogenen Kommunikation ist es in diesem Rahmen möglich, die Zusammenarbeit grundsätzlicher zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen.

Nur durch den Einblick in den Ermittlungsalltag und die Rückmeldung des LKA war es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Meldestelle möglich, die Bewertungskriterien der Meldungen immer weiter zu verfeinern. Die Meldestelle kann so mittlerweile ein *Clearing* durchführen, das diesen Namen tatsächlich verdient und so den Meldenden in aussichtslosen Fällen viel Ärger und Mühe erspart.

Zivilgesellschaftliche Partnerinnen und Partner – neue soziale Bewegungen im Netz

Neben der Qualität ihrer Arbeit hängt der Erfolg von *respect!* aber davon ab, ob mit dem Projekt die richtigen Personengruppen erreicht werden. Dabei geht es vor allem um Menschen, die sich viel in den sozialen Medien bewegen und deren Risiko, mit Online-Hate-Speech in Kontakt zu kommen, entsprechend hoch ist.¹ Um diese Zielgruppe möglichst genau ansprechen zu können, wurde von Beginn an die Zusammenarbeit mit anderen Onlineprojekten und -Initiativen ins Zentrum der Netzwerkarbeit von *respect!* gestellt. Als besonders fruchtbar hat sich dabei die Kooperation mit der Bewegung *Reconquista Internet* (RI) erwiesen. RI versteht sich selbst als eine aktive überparteiliche und unabhängige Bürgerrechtsbewegung, die dem Hass, der Gewalt und der Ignoranz im Netz etwas entgegenzusetzen möchte. Mit diesem Ziel ruft die Organisation unter anderem regelmäßig zu einem sogenannten Meldemarathon auf. Dabei sollen Mitglieder und Sympathisanten der Bewegung innerhalb einer Woche verstärkt



Das Jahr 2018 der Meldestelle *respect!* in Zahlen

GRAFIK: DEMOKRAZIEZENTRUM BW

Beiträge mit mutmaßlich strafrechtlich relevanten Inhalten bei *respect!* melden.

Als Partnermeldestelle von RI bei Vorhaben dieser Art gesetzt zu sein, ist für *respect!* von sehr großem Wert. Zum einen werden mit diesen gemeinsamen Aktionen genau die für *respect!* relevantesten Zielgruppen erreicht: onlineaffine Personen, die bereits für das Thema Hass im Netz sensibilisiert sind und sich dagegen engagieren möchten. Zum anderen erfährt durch die von RI im Vorfeld des Marathons geleistete Kampagnenarbeit auch ein wesentlich größerer Personenkreis von Existenz und Arbeitsweise der Meldestelle.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Meldemarathons können sich im Gegenzug sicher sein, dass ihre Meldungen fachkundig eingeschätzt werden und eine Anzeige erfolgt, ohne dass sie selbst in Erscheinung treten müssen. Durch die Erfahrung von *respect!* steigen zudem die Chancen, dass die angezeigten Fälle auch tatsächlich strafrechtlich relevant sind und von den Behörden weiterverfolgt werden.

„Wir haben sehr erfolgreich mit der Meldestelle *respect!* kooperiert, die für Nutzer vor allem dadurch attraktiv ist, dass Beiträge einfach und schnell gemeldet werden können und *respect!* gegebenenfalls auch rechtliche Schritte einleitet.“

Stellungnahme von Reconquista Internet

Wer an den Marathons teilnimmt, profitiert so auch von der guten Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden, die ein *Clearing* in dieser Qualität erst möglich macht. Gleichzeitig bringen die angezeigten Fälle Polizei und Staats-

anwaltschaft potenzielle Straftaten zur Kenntnis, deren Eigenrecherche einen sehr großen Aufwand erfordern würde. Die Meldestelle kann nach Ansicht des LKA Baden-Württemberg dabei auch eine *Vermittlerrolle* übernehmen:

„(...) Dies kann u. a. den Vorteil bieten, dass auch Bürger, die den staatlichen Strafverfolgungsorganen kritisch gegenüberstehen, bei Feststellung verdächtiger Inhalte niederschwelliger Meldungen abgeben. Das Demokratiezentrum nimmt als vorgeschaltete Clearingstelle insofern eine wichtige Rolle ein. (...)

Auszug aus einer Stellungnahme des LKA Baden-Württemberg

Mittels des Projekts Meldestelle *respect!* können so Synergieeffekte geschaffen werden, die über das eigentliche Projekt hinausgehen und langfristig zu einem effektiveren Kampf gegen Hass im Netz beitragen werden. Davon profitieren schlussendlich diejenigen am meisten, für die das Projekt geschaffen wurde: die Betroffenen von Hass und Hetze in den sozialen Netzwerken.

TEXT:

Stephan Ruhmannseder
Demokratiezentrum Baden-Württemberg

WEITERE INFORMATIONEN:

www.demokratiezentrum-bw.de

KONTAKT:

Stephan Ruhmannseder
Meldestelle *respect!*
E-Mail: ruhmannseder@jugendstiftung.de

¹ Laut JIM-Studie 2018 handelt es sich dabei vor allem um Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12–19 Jahren. So wird das Netzwerk Instagram z. B. von 63 % der 18- bis 19-Jährigen täglich oder mehrmals die Woche genutzt. In der Gruppe der 14- bis 17-Jährigen sogar von 73 %.

Demokratiezentrum Baden-Württemberg – Das Jahr 2018 in Zahlen

Sie finden im Demokratiezentrum Baden-Württemberg Organisationen vernetzt, die ihre Kompetenz und ihr Fachwissen zur Verfügung stellen. Die Angebotsvielfalt reicht von der persönlichen Beratung bis zu direkten Angeboten und Programmen für all jene, die Formen von Rechtsextremismus, Hate Speech, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und religiös begründetem Extremismus entgegentreten möchten und sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

74



Beratungen von Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Das Team der Fachstelle LEUCHTLINIE steht mit seinem Netzwerk allen Menschen in Baden-Württemberg als direkte Hilfs- und Anlaufstelle zur Seite, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen sind oder Zeugin bzw. Zeuge einer solchen Tat wurden. LEUCHTLINIE hilft, wenn Menschen bedroht, beleidigt und verleumdet wurden, wenn sie wirtschaftliche Schädigung erfahren haben oder gewalttätige Übergriffe auf die eigene Person erleben mussten.

31



durchgeführte Interventionsprojekte gegen Rechtsextremismus

Das Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ bietet Beratung, Unterstützung und Entlastung für Menschen, die – in welcher Weise auch immer – von rechtsextremen Äußerungen oder Handlungen betroffen sind und/oder sich aktiv dagegen einsetzen wollen. Dafür stehen Fachstellen sowie Beratungsstellen in 25 Stadt- und Landkreisen zur Verfügung.

13



Qualifizierungsangebote mit 240 teilnehmenden Fachkräften

Die Fachstellen des Demokratiezentrums bieten Qualifizierungsangebote und ein modulares Fortbildungsangebot für „Kommunale Beraterinnen und Berater Extremismusprävention“ für Fachkräfte der Jugendbildung, aus dem schulischen Umfeld, der Verwaltung und von Vereinen und Verbänden an.



13

900 Fachkräfte

durchgeführte Fachtage

Landesweit führen die Fachstellen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg Fachveranstaltungen für pädagogische Fachkräfte und Interessierte durch.



50

teilnehmende Kommunen im Netzwerk für Jugendbeteiligung

Mit dem Programm „Jugend BeWegt“ wird die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Lebensraum nachhaltig gefördert. Hierfür erhalten teilnehmende Kommunen finanzielle Ressourcen und ein professionelles Coaching über eine Dauer von 2 Jahren.



410

4.060 Fachkräfte
9.025 Jugendliche

umgesetzte Workshops und Planspiele

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet Workshops, Planspiele und Vorträge in den Themenfeldern Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Demokratieförderung für alle Zielgruppen an.



1841

321 Anzeigen
142 erfolgreiche Löschanträge

Meldungen von Hate Speech

Die Meldestelle „respect! – gegen Hetze im Netz“ nimmt Meldungen von Hate Speech entgegen, prüft diese auf mögliche strafrechtlich relevante Inhalte und wird aktiv.

„Erhebe nicht deine Stimme, sondern deine Worte. Der Regen lässt die Blätter wachsen, nicht der Donner.“

Dschalāl ad-Dīn ar-Rūmī
(Persischer Gelehrter 1207–1273)

FOTO: iStock/DIGITALSTORM



Ohne Jugendliche geht es nicht

Eine seriöse Umsetzung von Jugendbeteiligung benötigt mehr als den guten Willen des Bürgermeisters

Im Raum ist es noch ruhig, obwohl mehr als zwanzig Personen aus dem Kreis Karlsruhe zusammengekommen sind, um sich über die Jugendbeteiligung auszutauschen. Sie kommen aus der offenen Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, aus der Kommunalverwaltung und selbst ein Gemeinderat sitzt mit in der Runde. Glücklicherweise auch eine junge Frau, die selbst Jugendgemeinderätin ist und in ihrer Kommune ein Praktikum macht. Jede zweite Kommune im Kreis hat jemanden geschickt, um sich über Jugendbeteiligung und eine gelungene Umsetzung zu informieren und auszutauschen.

Eingeladen hat der Kreisjugendring Karlsruhe, unterstützt durch das Programm „Jugend BeWegt – Politik konkret! lokal. wirksam. vernetzt.“ (siehe Info-Kasten). Vergleichbare Treffen finden in vie-

len Landkreisen und Regionen statt. Und bei der Abfrage nach brennenden Themen gibt es fast immer einen Favoriten: Wie gelingt es, Jugendliche zu motivieren und

Für ländliche Kommunen ist Jugendbeteiligung eine besondere Herausforderung

dann bei der Stange zu halten für kommunale Jugendbeteiligung? Gesucht wird die Idee, der Ansatz und die Vorgehensweise, damit Jugendliche sich (möglichst langfristig) engagieren und einbringen. Dabei

wird deutlich: Es findet bereits viel statt, es wird eine Beteiligung angeboten, doch von Nachhaltigkeit, von langfristiger Verpflichtung kann nicht immer die Rede sein. Dafür gibt es Gründe:

- Zu oft wird vergessen, dass die Jugend vergänglich ist: Der Generationenwechsel findet in kurzen Zeitetappen statt. Es reicht also nicht, Jugendbeteiligung einmal zu initiieren und dann als Selbstläufer zu betrachten. Jugendbeteiligung muss als langfristige Konzeption angelegt werden mit der Möglichkeit, immer wieder innovative Wege zu gehen. Jugendbeteiligung bleibt immer ein Thema.
- Jugendlichen stehen vielen Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten gegenüber. Beteiligungsangebote stehen in Konkurrenz mit anderen (Freizeit-

Angeboten. Empfinden Jugendliche, dass sie nur pro forma eingebunden werden, ihre Anliegen nicht ernst genommen werden, sind sie schneller weg, als ein neues Angebot auf dem Tisch liegt.

Insbesondere kleine, ländliche Kommunen ohne weiterführende Schulen tun sich schwer. Dabei finden sich hier viele, die Jugendbeteiligung tatsächlich umsetzen wollen und es sogar zur Chefsache erklären: Bürgermeisterin und Bürgermeister wollen sich selbst darum kümmern. Das ist ein begrüßenswertes Zeichen: Zeigen die politischen Verantwortungsträger doch, dass ihnen die Jugendlichen wichtig sind und sie sie – auch als zukünftige Wählerinnen und Wähler – sehen und ernst nehmen. Doch in



FOTO: CLAUDIA KÜHN-FLUHRER, KJR LK KARLSRUHE

der Umsetzung führt das aus mehreren Gründen nicht selten zu Schwierigkeiten:

- Die Gemeindeoberhäupter unterschätzen den Zeitaufwand, der für Jugendbeteiligung benötigt wird, da hier ein dauerhafter Prozess angestoßen wird.
- Um die Jugendbeteiligung rasch ins Laufen zu bringen, werden häufig konkrete Formen der Beteiligung vorgeordnet. Ob das den Vorstellungen von Jugendlichen in der eigenen Kommune entspricht, wird erst gar nicht abgefragt.
- Der Bürgermeister, die Bürgermeisterin will Jugendbeteiligung, doch der Gemeinderat sieht andere Prioritäten und die Verwaltung sowieso.

Im Raum ist es inzwischen lebhafter geworden. Die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer sind durch Aufgabenstellungen ins Gespräch gekommen. Interessiert hören Amtsträger der Jugendhausmitarbeiterin oder dem Schulsozialarbeiter zu, die von den Herausforderungen, insbesondere der Ressourcenknappheit erzählen. Jugendbeteiligung wird dabei häufig als Add-On auf bereits bestehende Aufgaben gesehen, eine echte Personalressource für die Beteiligungsarbeit gibt es nur begrenzt. Dabei liegt es auf der Hand, dass gelingende Jugendbeteiligung auf einer guten Beziehungsarbeit fußt – und das benötigt eine entsprechende Personalressource.

Jugendbeteiligung setzt die Zusammenarbeit und gute Vernetzung vieler Akteure voraus

Jugendbeteiligung setzt die Zusammenarbeit und gute Vernetzung dreier Akteure voraus: Den in der Jugendarbeit Aktiven, der politisch Verantwortlichen (Bürgermeister, Gemeinderat) und der Kommunalverwaltung. Und natürlich der Jugendlichen. Erst wenn diese Partner Verständnis für Denk- und Arbeitsweise der jeweils anderen entwickelt haben, ist eine Basis für dauerhafte Jugendbeteiligung gegeben. In der Verwaltung und den Ge-

meinderäten ist das Verständnis, was jugendrelevante Themen sind, ein anderes als bei den Jugendlichen selbst oder den Jugendreferentinnen und -referenten. Sich darüber auszutauschen, die Jugendlichen unbedingt in diesen Austausch

Jugendbeteiligung ist Lernraum der Demokratie und Förderung von gesellschaftspolitischem Engagement

einzu beziehen, ist ein wichtiger Schritt. Kommunen, in denen es eine oder mehrere weiterführende Schulen gibt, sind dabei im Vorteil. Über die Schulen lassen sich Jugendliche am leichtesten erreichen. Doch sollte über die Schule hinaus Raum für kommunale Jugendbeteiligung gegeben werden.

Längst nicht alle Kommunen können sich einen eigenen Jugendreferenten, eine Jugendreferentin leisten. Doch auch sie sollen und möchten Jugendbeteiligung anbieten. Als ein möglicher Lösungsweg, hier Fachkräfte einzubinden, wird in der Region Breisgau-Hochschwarzwald im Rahmen des Programms „Jugend BeWegt – Politik konkret!“ das Modell der durchs Kreisjugendreferat unterstützten Beteiligungswerkstatt erprobt. Die bisherigen Ergebnisse sind ermutigend. Für die langfristige Jugendbeteiligung wird über weitere Möglichkeiten, personell zu unterstützen, nachgedacht.

Der Austausch im Raum ist inzwischen in Fahrt gekommen. Er gilt bereits umgesetzten Beteiligungsprojekten, erörtert verschiedene Formate und rankt um Ideen, wie die Beteiligung nachhaltig verankert werden kann. Es ist für manchen beruhigend zu hören, dass andere vor denselben Problemen stehen und man selbst doch gar nicht so schlecht dasteht. Gegenseitiges Würdigen und Bestätigen der Arbeit darf sein, ist gut,



FOTO: CLAUDIA KÜHN-FLUHRER, KJR LK KARLSRUHE

weil es für weiteres Engagement motiviert. Das verstellt allerdings leicht den Blick dafür, dass die als Teil der Jugendarbeit schon immer stattfindende Beteiligung nicht ausreicht, um in eine echte kommunalpolitisch wirksame Beteiligung zu führen.

In vielen Gemeinderäten in Baden-Württemberg liegt das Durchschnittsalter um oder gar über 50 Jahre. Jüngere sind die Ausnahme. Das Engagement in der Kommunalpolitik geht zurück. Fragt man Jugendliche, was sie unter Politik verstehen, führen sie mit großer Mehrheit internationale Politik oder mindestens bundespolitische Themen an. Nur selten haben sie das Verständnis, dass das, was in ihrer direkten Lebenswelt, an ihrem Ort geschieht, Politik ist, die sie ganz konkret betrifft. Wie sollten sie demnach erkennen, dass sie genau hier die größte Chance haben, Politik aktiv und wirksam mitzugestalten? Gleichzeitig erleben sie, dass Kommunalpolitikerinnen und -politikern nur mehr wenig Respekt entgegengebracht wird. Dem muss dringend entgegengewirkt werden, denn von diesem Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger lebt unsere Demokratie.

Wer nun Jugendliche ernsthaft beteiligen will, muss bereit sein, ihnen Raum

für Mitsprache zu geben. Die Information und das Abfragen von Interessen sind nur die niedrigste Stufe von Beteiligung. Im Rahmen von Jugendbeteiligung lernen Jugendliche demokratisches Zusammenwirken und erleben Aushandlungsprozesse, sie haben darin einen Freiraum, demokratisches Handeln zu lernen und gesellschaftliche Verantwortung in ihrem Umfeld zu übernehmen. Darin liegt die große Chance, Jugendliche in gesellschaftliche und politische Beteiligung zu bringen und ihnen die Werte unserer Demokratie weiterzugeben.

Für die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer hat sich der halbe Tag gelohnt, sagen sie. Das Kennenlernen der anderen Perspektive, die Bestärkung im eigenen Ansatz und Tun sowie neue Ideen und Anregungen für andere Wege in der Jugendbeteiligung nehmen sie mit. Künftig wollen sie sich regelmäßig treffen, um aus dem Netzwerk Kraft und Ideen zu holen.

TEXT:

Angelika Vogt
Demokratiezentrum Baden-Württemberg

JUGEND BEWEGT – POLITIK KONKRET!: LOKAL – WIRKSAM – VERNETZT.

- Förderprogramm für Kommunen und kommunale Zusammenschlüsse, das über ein individuelles Coaching sowie Projektmittel die Umsetzung von Jugendbeteiligung unterstützt.
- Anträge können bis 15. März oder 20. September eines Jahres gestellt werden. Die Projektlaufzeit beträgt in der Regel 2 Jahre, Mittel bis zu 4000 Euro können beantragt werden; ein Teil davon gilt dem Coaching.
- Ein Antrag kann unabhängig davon gestellt werden, ob und in welcher

Form Jugendbeteiligung bereits umgesetzt wird.

- Kommunen im Programm „Jugend BeWegt – Politik konkret!“ bilden ein Netzwerk. Das jährliche Treffen dient dem Austausch, der gegenseitigen Unterstützung und informellen Anregung von außen.
- Regelmäßig werden Fortbildungen zur Jugendbeteiligung angeboten, die neue Entwicklungen aufgreifen und vermitteln.
- Antragssteller verpflichten sich, – erst gemeinte Jugendbeteiligung umsetzen zu wollen

- dafür eine Personalressource zur Verfügung zu stellen
- die seitens der Jugendstiftung gewährten Projektmittel um 50 Prozent der Summe zu erhöhen
- am jährlichen Netzwerktreffen teilzunehmen
- auf Qualität zu achten und die Programmevaluation zu unterstützen (Vorlagen werden zur Verfügung gestellt, Auswertungen übernimmt die Programm-Fachstelle)

WEITERE INFORMATIONEN:

www.jugendbeteiligung-bw.de

KONTAKT:

Melanie Schmitt
E-Mail: schmitt@jugendstiftung.de

Workshops, Vorträge, Planspiele des Demokratiezentrums

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg versteht sich als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Extremismus, Demokratieförderung, präventive Bildungsarbeit und Menschenrechtsbildung. Sie finden hier eine Vielzahl von Organisationen vernetzt, die Ihnen Kompetenz und Fachwissen zur Verfügung stellen.

Die Angebotsvielfalt reicht von der persönlichen Beratung bis zu direkten Angeboten und Programmen für all jene, die Formen von Rechtsextremismus, Hate Speech, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und religiös begründetem Extremismus entgegen treten möchten und sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

Unsere Angebote richten sich an eine breite Zielgruppe: Von Planspielen für Jugendliche über Workshops für Ehrenamtliche bis hin zu Vorträgen für pädagogische Fachkräfte bieten wir für alle Interessierten das passende Format.

Fortlaufende Auswertungen und Evaluationen, enge Kontakte zu den relevanten Akteuren im Themenfeld und die im Demokratiezentrum verortete Expertise stellen sicher, dass sich die ausgewogene Auswahl an Angeboten inhaltlich und methodisch stets weiterentwickeln kann.

Bei allen aufgeführten Angeboten ist eine individuelle Anpassung an die Bedarfe weiterer Zielgruppen möglich. Eine stets aktuelle Auswahl unserer Angebote finden Sie unter www.demokratiezentrum-bw.de.

Sie sind an einem unserer Angebote interessiert? Fragen Sie unverbindlich unter angebote@demokratiezentrum-bw.de bei uns an!

Die Angebote sind thematisch geordnet. Zu Beginn finden Sie Angebote im Themenfeld der religiös begründeten Radikalisierung, des Rechtsextremismus und des Populismus. Darauf folgen unsere Angebote in Themenfeldern mit Bezug zu Demokratiebildung und Migration und Flüchtlingen. Unserer Angebote werden in verschiedenen Formaten für jeweils andere Zielgruppen angeboten. Sie finden die Informationen dazu jeweils unter der Angebotsbeschreibung.



FOTO: iStock/ANILAKKUS

Radikal verstehen! Religion, Radikalisierung, Ideologie!?

Der Vortrag versucht Radikalisierungsverläufe verstehbar zu machen, zeigt die Faktoren auf, die eine Radikalisierung beeinflussen und gibt eine Einführung in ideologische Grundlagen. Je nach gewähltem Themenschwerpunkt wird z. B. die Rolle der Religion im Radikalisierungsprozess aufgezeigt und eine klare Unterscheidung zwischen Ideologie und Religion herausgearbeitet. Im Themenschwerpunkt Rechtsextremismus werden ideologische Grundlagen des politischen Extremismus aufgezeigt. Was macht eine extremistische Ideologie für Jugendliche interessant und welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für den beruflichen (pädagogischen) Alltag ziehen? Welche Theorien gibt es, die Radikalisierung beschreiben und wo setzen radikalisierende Akteure an? Diese und weitere Fragen werden im Vortrag diskutiert und anhand von extremistischem Propagandamaterial herausgearbeitet.



VORTRAG

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche, Interessierte.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden können Religion und Ideologie unterscheiden, bekommen einen Überblick über die Anzeichen von Radikalisierung und Rekrutierung und die Attraktivitätsmomente radikaler Ideologien für Jugendliche.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.
Gruppengröße: mind. 15 Personen.

Gesellschaft unter Strom! – Im Spannungsfeld extremer Ideologien.

Dieses Angebot thematisiert aktuelle und gesellschaftlich relevante extremistische Ideologien und deren Attraktivitätsmomente vor allem für junge Menschen. Anhand von Propagandamaterialien werden diese aufgezeigt, um gemeinsam passende Gegenstrategien und Herangehensweisen für den pädagogischen Alltag herauszuarbeiten. Der Workshop versucht Radikalisierungsverläufe verstehbar zu machen, zeigt die Faktoren auf, die eine Radikalisierung beeinflussen und gibt eine Einführung in ideologische Grundlagen.

Im Fokus stehen dabei unterschiedliche Rekrutierungsstrategien, vor allem unter Berücksichtigung digitaler und sozialer Medien.

Der Workshop „Gesellschaft unter Strom!“ kann mit verschiedenen Themenschwerpunkten gebucht werden. Je nach Bedarf können Schwerpunkte auf unterschiedliche Ideologien (Rechtsextremismus, Neosalafismus usw.) und auch Populismus gelegt werden. Gerne passen wir die Inhalte an Ihren Bedarf an.



WORKSHOP

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden werden für aktuell relevante Akteure und deren Propaganda sensibilisiert. Damit können sie Radikalisierung und Rekrutierung erkennen, die Attraktivitätsmomente radikaler Ideologien verstehen und auf entsprechende Äußerungen von Jugendlichen eingehen und eigene Erfahrungen weitergeben.

Dauer: mind. 2,5 bis max. 4 Stunden.

Gruppengröße: mind. 15 bis max. 25 Personen.

Straight ahead – Ein Planspiel zu Radikalisierungsprozessen.

Radikalisierung spielerisch und multiperspektivisch thematisieren – das bieten wir für Schulklassen und Jugendgruppen an. In einem Planspiel werden Stufen der Radikalisierung dargestellt und anhand eines jugendaffinen Themas

neutral thematisiert. In einer Reflexionsrunde werden anschließend die Eindrücke der Teilnehmerinnen und Teilnehmer besprochen und mögliche Gründe für rechtsextremistische und religiös begründete Radikalisierungsprozesse benannt. Dies befähigt die Jugendlichen langfristig dazu, radikale Tendenzen jeglicher Art früh zu erkennen und Unterstützungsangebote einzuholen.

Planspiele versetzen Jugendliche in ein Szenario, in dem sie experimentell agieren können. Dies garantiert einen hohen Spaßfaktor. So erfahren Jugendliche in geschützter Atmosphäre beispielsweise, wie sie sich an demokratischen Aushandlungsprozessen beteiligen können und Probleme gemeinschaftlich lösen. Das integrierte Rollenspiel verhindert die bloße Reproduktion einer subjektiven Meinung und sichert die Darstellung der Bandbreite themenspezifischer Meinungsbilder sowie der ihnen zugrunde liegenden Einstellungsmuster.



PLANSPIEL

Zielgruppe: Jugendgruppen und Schulklassen der Klassenstufe 8 bis 13.

Ziel des Angebots: Befähigung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Radikalisierungsprozesse früh zu erkennen und Unterstützungsangebote einzuholen.

Dauer: 3 Stunden.

Kosten: Das Planspiel ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 15 bis max. 25 Personen.

Jungfrau ohne Paradies. Ein mobiles Theaterstück zur Extremismusprävention.

Paul träumt davon, ein berühmter Rapper zu werden, der Erfolg will sich allerdings nicht einstellen. Er fühlt sich benachteiligt, sucht Halt im islamischen Glauben und radikalisiert sich schnell. Cem, sein bester Freund, hält von dieser extremen Schwarz-Weiß-Weltansicht überhaupt nichts. Beide kommen aus einem Stadtteil, der kaum Perspektiven gibt. Aber anders als Paul setzt Cem alles daran, trotzdem und erst recht erfolgreich zu sein. Johanna, aus bürgerlichem Elternhaus, ist total verliebt in Paul. Aus Rebellion gegen ihre Eltern, deren Fremdenfeindlichkeit sie fassungslos macht, steigert sie sich zunächst in den religiösen Fanatismus hinein, sieht eine Verbindung zur „Jungfrau von Orleans“ von Friedrich Schiller, die sie in der Theater-AG probt. Bei einem missglückten Rap-Auftritt von Paul eskaliert die Situation. Die konträren individuellen Pläne werden offensichtlich. Woran erkennt man frühzeitig eine Einbahnstraße und wie findet man zurück auf einen geraden Weg? Über diese Fragen und mehr diskutieren Cem, Paul und Johanna mit dem Publikum. Wird Paul nach Syrien ausreisen? Das Publikum hat es in der Hand.



VORSTELLUNG

Zielgruppe: Jugendliche und Schulklassen ab Klassenstufe 8.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden tauchen in die Geschichte der Protagonisten ein und erleben emotional und direkt den Weg der Radikalisierung. Sie reflektieren über ihre eigenen Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten und kennen die Unterschiede zwischen Religion und Ideologie.

Dauer: 2 Schulstunden.

Kosten: auf Anfrage.

Gruppengröße: max. 120 Personen.

Spielortmöglichkeiten: Aula, Musiksaal etc.

Fake Paradise – ein zeitgenössisches Stück im Themenfeld Populismus.

Vier Coaches begrüßen die Besucher als Rekruten im Fake Paradise und machen sie fit für die schöne Welt, in der alles geht und jeder zählt. Sie verbreiten Fakes, prahlen und beschimpfen sich mit schlechten, aber verführerischen Argumenten. Sie sind mal anbetungswürdig, mal abscheulich und immer aktuell. Mal als Opfer und mal als Täter. Denn im Fake Paradise hängt das Schicksal von Votes, Likes und Followern ab. Wahrheit und Behauptung sind Mittel zum Zweck: Manipulation zum populistischen Stimmenfang ebenso wie das Fake Video zum Mobben von Mitschülern.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet eine kostenlose Nachbereitung des Theaterstücks an. In 90 Minuten werden die Inhalte und Handlungen des Theaterstücks reflektiert und eingeordnet. Durch eine erneute Vertiefung wird Jugendlichen eine differenzierte Betrachtung der Thematik Populismus ermöglicht.



VORSTELLUNG

Zielgruppe: Jugendliche und Schulklassen ab Klassenstufe 7.

Ziel des Angebots: Die Jugendlichen können die Funktionsweisen von Populismus durchschauen und dessen Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben einschätzen.

Dauer: 2 Std. Theaterstück/1,5 Std. Nachbereitung (an einem gesonderten Termin)

Kosten: nach Rücksprache.

Gruppengröße: mind. 30 Personen bis max. 150 Personen.

Rechte Musik – Einstiegsdroge oder überschätzt?

Was bewirkt rechtsextreme Musik? Stellt sie noch eine Gefahr dar? Musik, Konzerte und Popkultur dienen den Rechten dazu, junge Menschen zu beeinflussen, sich selbst zu feiern und Parolen durch ständiges Wiederholen einzutrichtern.

Auch rechtsextreme Musik hat sich weiterentwickelt: Es sind nicht mehr nur drei Akkorde und harter Rhythmus, dröhnende Bässe und unverständliche Texte, sondern auch Balladen und Lieder, Rap und RechtsRock. Für Jugendliche sind die propagierten Inhalte nicht immer sofort erkennbar. Information und Aufklärung bieten Schutz vor Einflussnahme und Manipulation. Wann lohnt es sich, Texte zu hinterfragen? Bei welchen Bandnamen sollte man aufhören? Text- und Hörbeispiele ergänzen die Übersicht.



VORTRAG

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden werden sensibilisiert für rechte Musik, kennen die angesagten rechtsextremen Bands, Liedermacher und Rapper und erkennen Schlüsselwörter in Bandnamen und Liedtexten, Symbole und Schriftzeichen auf Covers und Kleidung.

Dauer: mind. 1,5 bis max. 2 Stunden.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 15 bis max. 25 Personen.

Im Themenfeld Rechtsextremismus bieten wir zu weiteren Teilgebieten Vorträge und Workshops an bzw. vermitteln Referentinnen und Referenten. Teilweise fallen dafür Honorar- und Fahrtkosten an.

Wenn Parolen Unterschiede machen. Rechtspopulismus in der Gesellschaft.

Was Worte und Parolen bewirken können, wurde in der jüngsten deutschen Geschichte deutlich: „Wir sind das Volk“ hat 1989 viele bewegt und Stärke bewiesen. 2015, 2016 und 2017 steckt etwas anderes dahinter. Welche Haltungen und Einstellungen heute bewegen, wurde über die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung erforscht (2016: „Gesplante Mitte Feindselige Zustände“). Wohin bewegt sich unsere Gesellschaft und wie viel Rechtspopulismus verträgt die Demokratie?



VORTRAG UND DISKUSSION

Zielgruppe: Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Ehrenamtliche.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden werden sensibilisiert für die Kraft der Worte, können Grenzüberschreitungen einordnen und diskutieren über Demokratieverständnis.

Dauer: mind. 1,5 bis max. 2 Stunden.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 15 Personen.

Im Themenfeld Rechtsextremismus bieten wir zu weiteren Teilgebieten Vorträge und Workshops an bzw. vermitteln Referentinnen und Referenten. Teilweise fallen dafür Honorar- und Fahrtkosten an.

Antisemitismus begegnen. Über Verschwörungstheorien und das, was dahintersteckt.

In jüngster Zeit steigen die Zahlen antisemitischer Übergriffe und Beleidigungen. Was lange als „unsagbar“ galt, wird in der Öffentlichkeit wieder postuliert, Jüdinnen und Juden wird mit Ablehnung begegnet. Alte Vorurteile werden neu belebt und Verschwörungsmythen unreflektiert weitergegeben wie der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, oder es wird unverhohlen ein angeblich zu großer Einfluss von Jüdinnen und Juden beklagt. Dazu kommt eine überzogene Kritik an Israel und die Zuweisung von Verantwortung an deutsche Jüdinnen und Juden für israelische Politik.

Der Workshop befasst sich mit der jüdischen Verfolgungsgeschichte, vermittelt, wie Verschwörungsmythen arbeiten, und sensibilisiert für antisemitische Ausgrenzung.



WORKSHOP

Zielgruppe: Jugendliche ab Klassenstufe 9.

Ziel des Angebots: Die Jugendlichen erkennen antisemitische Äußerungen, können Scheinargumente entschlüsseln und darauf reagieren.

Dauer: Projekttag, auch als 5 stündiger Workshop buchbar.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 15 bis max. 25 Personen.

Die sind anders als wir! Rassismus im Alltag.

Weltweit greifen abwertende Einstellungen und menschenfeindliches Verhalten um sich. Auch in Deutschland ist die öffentliche Diskussion nicht selten von Rassismus und Menschenfeindlichkeit geprägt. Wie kommt es zu Abwertungen von anderen Menschen? Wie verbreiten sich diese Einstellungen in unserer Gesellschaft und wo finden wir diese im Alltag? In welchen Schubladen denken wir selbst? In einem Mix aus Vortrag, Arbeitsphasen und Reflexion werden die Jugendlichen an das Thema herangeführt.



WORKSHOP

Zielgruppe: Jugendliche ab Klassenstufe 9.

Ziel des Angebots: Die Jugendlichen können sich sensibel mit dem Thema und dem Begriff des Rassismus auseinandersetzen und sind in der Lage, die eigene Einstellung zu reflektieren.

Dauer: 2 Stunden.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 10 bis max. 30 Personen.



SCHULUNG FÜR MULTIPLIKATORINNEN UND MULTIPLIKATOREN

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden sind im Themenfeld des Rassismus sensibilisiert und können den Workshop selbstständig mit Jugendgruppen umsetzen.

Dauer: 3 Stunden.

Kosten: Die Schulung ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 10 Personen bis max. 20 Personen.

Da.Gegen.Red. Hate Speech erkennen und Umgangsmöglichkeiten erlernen.

Die Bewertung von Informationen in den Sozialen Medien ist nicht nur für Jugendliche oftmals nicht ganz einfach. Seit der Entstehung des Internets nutzen unterschiedliche radikale und extremistische Richtungen aktiv sämtliche digitalen Kanäle für ihre Propaganda. Für junge Erwachsene und Jugendliche ist es schwierig, die Gefahr durch Extremismus, Populismus und Aufrufe zu Gewalt und Hass aus allen Richtungen zu erkennen und diese dementsprechend zu reflektieren. Da.Gegen.Red. ist ein Angebot der Sensibilisierung und Qualifizierung für Haupt-, neben- und ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Jugendliche zur Stärkung im aktiven Umgang mit Hass im Netz.



WORKSHOP

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche, Jugendgruppen ab 16 Jahren.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden werden für Hass im Netz sensibilisiert und durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Hate Speech gestärkt. Es geht um Erkennen, mögliche Meldewege und Gegenstrategien.

Dauer: 3 Stunden.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 16 bis max. 25 Personen.



MULTIPLIKATOR-WORKSHOP FÜR PEERS

Zielgruppe: Jugendgruppen ab 16 Jahren.

Ziel des Angebots: Die Jugendlichen werden für Hass im Netz sensibilisiert und durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Hate Speech gestärkt. Es geht um Erkennen, mögliche Meldewege und Gegenstrategien. Durch Expertinnen und Experten werden die Jugendlichen im Umgang mit Gegenrede inhaltlich geschult. Dadurch werden sie selbst zu Expertinnen und Experten im Themenfeld Hate Speech und können dann in ihrem alltäglichen Umfeld andere zur Gegenrede motivieren.

Dauer: 2-tägig.

Kosten: nach Rücksprache.

Gruppengröße: mind. 20 bis max. 25 Personen.



SCHULUNG FÜR MULTIPLIKATORINNEN UND MULTIPLIKATOREN

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden werden für Hass im Netz sensibilisiert und durch das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Hate Speech gestärkt. Es geht um Erkennen, mögliche Meldewege und Gegenstrategien. Außerdem werden die rechtlichen Aspekte vertieft. Die Teilnehmenden sind im Anschluss dazu befähigt, selbst Workshops mit Jugendlichen durchzuführen, um Sensibilisierungsschwerpunkte im Themenfeld zu setzen.

Dauer: mind. 3 bis max. 4 Stunden.

Kosten: Der Workshop ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 12 bis max. 25 Personen.

Mein.Dein.Unser Demokratiebildung für Schulklassen.

Das Modul beschreibt die Funktion gesellschaftlichen Zusammenlebens und macht Demokratie erfahrbar. Die jungen Menschen erleben durch Aushandlungsprozesse innerhalb der Gruppe, wie Regeln entstehen können. Gemeinsam werden die Erfahrungen vom „Kleinen“, also in der Gruppe, auf Wirkweisen im „Großen“, also in der Gesellschaft, übertragen. Im Vordergrund steht die Reflexion über die Herkunft, die Ursachen, die zeitliche, personale und räumliche Gültigkeit und die Notwendigkeit von Regeln für ein demokratisches Miteinander. Ziel des Moduls ist es, die Menschen in ihrer gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zu stärken und ein besseres Demokratieverständnis zu vermitteln.

Dieses Angebot ist auch in arabischer Sprache buchbar.

Ich.Du.Wir

Dieser Workshop befähigt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dazu, das Modul Mein.Dein.Unser selbstständig umzusetzen.



WORKSHOP

Zielgruppe: Jugendgruppen und Schulklassen von Klassenstufe 6 bis 9.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden verstehen, wie Zusammenleben funktioniert, wie gesellschaftliche Regeln und Gesetze zustande kommen und warum gesellschaftliches Engagement eines jeden Einzelnen wichtig ist.

Dauer: 2 Stunden.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 10 bis max. 30 Personen.



SCHULUNG FÜR MULTIPLIKATORINNEN UND MULTIPLIKATOREN

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden können das Angebot Mein.Dein.Unser selbstständig mit einer Gruppe durchführen.

Dauer: 3 Stunden.

Kosten: Die Schulung ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 8 bis max. 25 Personen.

Flüchtlinge an unserer Schule – Ein Planspiel rund um das Thema Integration.

Refugees welcome? Darüber diskutieren Jugendliche in einer simulierten Schulversammlung. Anlass ist die Einschulung Gleichaltriger aus einer nahe gelegenen Flüchtlingsunterkunft. Durch die Übernahme einer zugewanderten Rolle erleben sie die Integrationsdebatte aus einer neuen Perspektive. Dies befähigt sie dazu, den eigenen Standpunkt zu reflektieren und selbstständig Lösungsvorschläge zu erarbeiten. In einer Reflexion setzen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschließend mit rechtspopulistischen Forderungen kritisch auseinander und lernen Gegenargumente kennen.

Planspiele versetzen Jugendliche in ein Szenario, in dem sie experimentell agieren können. Dies garantiert einen hohen Spaßfaktor. So erfahren Jugendliche in geschützter Atmosphäre beispielsweise, wie sie sich an demokratischen Aushandlungsprozessen beteiligen können und wie sie Probleme gemeinschaftlich lösen.



PLANSPIEL

Zielgruppe: Jugendgruppen und Schulklassen der Klassenstufen 8 bis 13.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden können sich mit Argumenten rechtspopulistischer Akteure kritisch auseinandersetzen und ihren eigenen Standpunkt bzgl. des Themas einnehmen und reflektieren.

Dauer: 3 Stunden.

Kosten: Das Planspiel ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 16 bis max. 28 Personen.

Vielfaltcoach. Mentorenausbildung für Schülerinnen und Schüler.

Im Fokus der Ausbildung stehen persönliche Erfahrungswerte sowie praktische Übungen und Aktionen. Neben der Teilnahme an zwei Kurseinheiten ist die Arbeit der Vielfaltcoaches mit ande-

ren Schülerinnen und Schülern Teil ihrer Ausbildung. Nach der ersten und zweiten Kurseinheit führen diese erlernte Übungen und Aktionen, wie bspw. die „Stadtführung Menschenrechte“, selbstständig mit Klassen ihrer Schule durch. Zum Abschluss ihrer Ausbildung erhalten die Vielfaltcoaches ein Qualipass-Zertifikat.



MENTORENAUSBILDUNG FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER

Zielgruppe: Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 und 9.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden verstehen ihre eigene Identität im Zusammenspiel mit ihren Mehrfachzugehörigkeiten und als Teil einer vielfältigen Gesellschaft. Sie sind in der Lage, Vorurteile als solche zu erkennen, kennen unterschiedliche Formen von Diskriminierung und ihre Auswirkungen. Sie wissen, wie sie mit Hass in sozialen Netzwerken umgehen können und sind sensibilisiert für das Thema Fake News. Die Teilnehmenden kennen die Bedeutung der Menschenrechtsartikel und sind in der Lage eine „Stadtführung Menschenrechte“ in ihrer Stadt umzusetzen. Sie beherrschen Methoden, wie sie ihr Wissen anderen Jugendlichen weitergeben können und haben Ideen und Projekte entwickelt, um selbst an ihrer Schule aktiv zu werden.

Dauer: 4 Tage, aufgeteilt in zwei Kurseinheiten à 2 Tage.

Kosten: Die Ausbildung zum Vielfaltcoach ist kostenlos.

Gruppengröße: Anmeldung von mind. 2 bis max. 4 Schüler pro Schule je Ausbildungsgang.

Termine: Die Ausbildung startet jedes Schuljahr im Herbst (Kurseinheit 1), Kurseinheit 2 (Frühjahr) an mehreren Standorten in Baden-Württemberg.

Anmeldung: Bis 30. Juni für den Ausbildungsgang im kommenden Schuljahr.

Zusammen.Wachsen Herausforderung und Chance in Kooperation mit Migrantenvereinen und Moscheegemeinden.



VORTRAG

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden bekommen einen Überblick über die Vielfalt migrantischer Organisationen, Moscheegemeinden und muslimischer Dachverbände in Baden-Württemberg. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Erörterung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der Jugendbildung.

Dauer: mind. 1 bis max. 2 Stunden.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 15 Personen.

Allah und ich – Facetten des Islams.

Das Angebot führt in die Vielschichtigkeit des Islams ein und sensibilisiert auf Grundlage folgender Fragen: Woran glauben Musliminnen und Muslime? Wie entstand der Islam? Welche Strömungen gibt es innerhalb dieser Religion? Wie ist das Verhältnis zu den anderen Glaubensrichtungen? Wie sieht gelebter Glaube aus?

Mögliche Schwerpunkte können gelegt werden auf:

- Grundlagen des Islams
- Familie und Erziehung
- Geschlechterrollen und -bilder

- Demokratie und Gesellschaftsmodelle
- Radikalität und Gewalt



WORKSHOP

Zielgruppe: Jugendliche ab Klassenstufe 7, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden erwerben vertiefendes und alltagsrelevantes Wissen über die Grundlagen des Islams und die gewählten Schwerpunktthemen.

Dauer: mind. 2 Stunden bis max. 6 Stunden.

Kosten: Der Workshop ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 10 Personen bis max. 30 Personen.



VORTRAG

Zielgruppe: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ehrenamtliche.

Ziel des Angebots: Die Teilnehmenden erwerben vertiefendes und alltagsrelevantes Wissen über die Grundlagen des Islams und die gewählten Schwerpunktthemen.

Dauer: mind. 1 Stunde bis max. 1,5 Stunden.

Kosten: Der Vortrag ist für Ihre Einrichtung kostenlos buchbar.

Gruppengröße: mind. 10 Personen.

WEITERE INFORMATIONEN:

www.demokratiezentrum-bw.de

KONTAKT:

Demokratiezentrum Baden-Württemberg

E-Mail: [angebote@](mailto:angebote@demokratiezentrum-bw.de)

demokratiezentrum-bw.de

Die Perspektive der Betroffenen muss gesehen werden

Mit der Fach- und Beratungsstelle LEUCHTLINIE in Stuttgart wurde im Herbst 2015 ein spezifisches Beratungsangebot für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Baden-Württemberg eingerichtet. Unter dem Dach der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg e. V. als Trägerin und als Fachstelle beim Demokratiezentrum Baden-Württemberg angesiedelt, steht das niedrigschwellige und parteiliche Beratungsangebot allen Betroffenen von rechter Gewalt in Baden-Württemberg zur Verfügung.



FOTO: LEUCHTLINIE

Der Zeitpunkt der Einrichtung einer spezialisierten Beratungsstelle war keinesfalls zufällig, sondern ist in einem direkten Zusammenhang mit dem Versuch der Aufarbeitung des NSU-Komplexes zu betrachten. So stellte der parteiübergreifend verabschiedete Abschlussbericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags klar: „In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – wie sie durch die Opferberatungsstellen in freier Trägerschaft geleistet wird – unverzichtbar ist.“ Der Ausbau und die Verstärkung des Ansatzes wurden ausdrücklich empfohlen. Baden-Württemberg war eines der letzten Bundesländer, in dem eine Betroffenenberatung eingerichtet wurde.

Die Etablierung dieses Hilfsangebots lässt sich in den Kontext gesellschaftlicher, medialer und politischer Diskurse einbetten, zumal es auf ein gesellschaftliches Problem verweist, dessen Existenz und gesellschaftliche Verfasstheit allzu oft aus dem Blick gerät: rechte, anti-

semitische und rassistische Gewalt. Deren (De-)Thematisierung und der politische Wille zu handeln unterliegen ebenso wie die mediale Debatte über rechte Gewalt und die ihr zugrunde liegenden menschenverachtenden Einstellungen gewissermaßen der Konjunktur.

Generell war und ist die Entstehung aller spezialisierten Opferberatungsstellen für Betroffene von rechter Gewalt (im Folgenden OBS genannt) untrennbar mit diesen Konjunkturen der Wahrnehmung und Auseinandersetzung verbunden.

Anliegen und Auftrag der OBS lassen sich, stark vereinfacht, darauf reduzieren, dass die Betroffenen die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte kennen und wahrnehmen können sollen. Mit diesem auf eine scheinbare Selbstverständlichkeit verweisenden Satz wird das zugrunde liegende Problem sichtbar: Rechte, rassistische und antisemitische Haltungen und Gewalt als eine mögliche Ausdrucksform derselben sind tief in der Gesellschaft und ihren Organisationsformen verankert, die Perspektive und die An-

liegen der Betroffenen hingegen bleiben nur allzu oft ungesehen und ungehört.

Folglich muss die Arbeit einer spezialisierten Beratungsstelle für Betroffene die Verbindung von subjektbezogenen und gesellschaftlichen Aspekten in der Problemanalyse, den Handlungsstrategien und der Zielsetzung beinhalten, um wirksame Hilfe zu leisten.

Betroffene werden in der Regel aufgrund einer (unterstellten oder zugeschriebenen) Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe (z. B. Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung) als Stellvertreterinnen und Stellvertreter eben dieser Gruppe angegriffen. Dies hat Folgen für das Erleben und die Verarbeitung der Tat, wobei die Beratungsstelle LEUCHTLINIE nicht nur Straftatbestände wie Nötigung, Körperverletzung oder Brandstiftung als rechte Gewalt definiert, sondern auch Akte psychischer Gewalt.

Rechte Gewalt hat drei Wirkebenen, die es zu beachten gilt: Auf der Mikroebene sind es die individuellen Folgen für Betroffene. Auf der Makroebene wird die Geltung universaler Menschenrechte infrage gestellt, was einen Angriff auf eine offene und heterogene Gesellschaft beinhaltet. Und auf der Mesoebene wirkt rechte Gewalt im Sinne einer Botschaftstat: Sie richtet sich sowohl gegen das Opfer der Tat, als auch gegen die gesamte Gruppe, der die oder der Betroffene zugeordnet wird.

Der Begriff der Parteilichkeit wiederum kann und muss als arbeitsleitendes Handlungsprinzip der Opferberatungsstellen gelesen werden. So beschreibt die AG Qualitätsstandards des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG) Parteilichkeit als „eine professionelle Haltung der Beraterinnen und Berater, die von Solidarität und Akzeptanz gegenüber den Betroffenen geprägt ist. Ihre Perspektiven, Bedürfnisse und Interessen stehen in der Beratungsarbeit und bei der Entwicklung von Handlungsstrategien im Mittelpunkt“ (AG Qualitätsstandards 2014).

An den Qualitätsstandards des VBRG orientiert sich auch die Beratungsarbeit

der Fachstelle LEUCHTLINIE, da eine Parteinahme für die Betroffenen als zentrale Grundvoraussetzung einer gelingenden Beratungsarbeit zu verstehen ist. Zumal den Betroffenen an anderen Stellen, sei es im direkten Umfeld, bei polizeilichen Vernehmungen oder im Gerichtsverfahren, nur allzu oft Misstrauen und Zweifel entgegengebracht werden, die ihrerseits geeignet sind, die ohnehin schwerwiegenden subjektiven Folgen einer rechten Gewalttat zu verstärken und im Sinne einer sekundären Viktimisierung zu perpetuieren.

Betroffene von rechter Gewalt benötigen eine spezifisch auf ihren Bedarf, auf ihre Perspektive ausgerichtete Hilfe. Hilfe, die sich bedingungslos an ihre Seite stellt und sich nicht auf die Seite der Täterinnen und Täter schlägt. Im Mittelpunkt sollen und müssen die Opfer stehen und nicht jene, die sie – oft unter den Augen einer schweigenden Mehrheit – dazu gemacht haben. Diese Perspektive einzunehmen und sie im gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu vertreten, ermöglicht nicht nur wirksame Hilfe auf der individuellen Ebene, sondern bedeutet auch die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung – und damit die Umsetzung zentraler rechtsstaatlicher Prämissen.

TEXT:

Katharina Mayer
Demokratiezentrum Baden-Württemberg

KONTAKT:

Beratung für Betroffene von rechter Gewalt
Im Demokratiezentrum Baden-Württemberg
Landesweite Fach- und Koordinierungsstelle
Reinsburgstraße 82
70178 Stuttgart
Tel.: (0711) 888 999-33
(Betroffenenberatung)
Tel.: (0711) 888 999-32
(Fach- und Koordinierungsstelle)
E-Mail: katharina.mayer@tgbw.de
E-Mail LEUCHTLINIE: info@leuchtlinie.de
Homepage: <http://www.leuchtlinie.de>

Von unten gesehen

Lepanto und die Insignien eines Sturmgewehrs

Als der rechtsextreme Attentäter von Christchurch am 15. März 2019 in zwei Moscheen während des Freitagsgebets um sich schoss und 48 Menschen tötete, hatte er immer den Lauf seines Sturmgewehrs im Blick. Dort stand eingraviert „Lepanto 1571“. Die Jahreszahl 1571 fand sich nochmals, groß wie ein Emblem, an anderer Stelle des Sturmgewehrs, ebenso der Namenszug Marcantonio Bragadin.

Stefan Hanß, der Frühneuzeitliche Geschichte in Manchester lehrt, erläutert in der *Frankfurter Allgemeinen* vom 30. März 2019, die Seeschlacht von Lepanto gelte als die letzte große Galeerenschlacht, in der bis zu 140.000 Menschen kämpften und 38.000 Menschen umkamen, darunter mehr als 30.000 osmanische Soldaten. In dieser Seeschlacht, ausgetragen am 7. Oktober 1571, bekämpften sich das Osmanische Reich und die sogenannte Heilige Liga, ein politischer Verbund bestehend aus Spanien, Venedig und dem Papsttum. Aber warum Lepanto? Was hat ein rechtsextremer Attentäter unserer Tage mit einer Seeschlacht vor fast 450 Jahren zu tun?

Stefan Hanß sagt, dass bereits wenige Wochen nach der Seeschlacht Lepanto als Sieg eines christlichen Europas gefeiert worden sei gegen die „muslimischen Invasoren“. Diese Denkungsart, dieses *Narrativ*, hat sich bis heute erhalten. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Belagerung Wiens 1683 durch Großwesir Kara Mustafa. Auch damals wurde das „Abendland“ vor der „osmanischen Gefahr“ gerettet.

Marcantonio Bragadin war der venezianische Gouverneur Zyperns, der wenige Wochen vor der Seeschlacht von Lepanto im zyprischen Famagusta von osmanischen Truppen besiegt wurde. Das war der Auftakt eines mehrjährigen Krieges zwischen dem Osmanischen Reich und katholischen Mächten, geleitet durch die Republik Venedig. Bragadin selbst wurde, obwohl ihm vom osmanischen Oberbefehlshaber freies Geleit zugesichert worden war, gefangen genommen und gehäutet. Noch heute wird seine Haut in der venezianischen Dominikanerkirche Santi Giovanni e Paolo aufbewahrt, als sei es eine Reliquie. Der Attentäter von Christchurch war demnach nicht nur ein rechtsextremer Terrorist. Er verstand sich wohl zudem als eine Art Märtyrer, der sich als „Kämpfer“ in die vermeint-

lich glamouröse Tradition längst vergangener Feldherren stellt.

Identitäre Vereinnahmung

2017 erschien in der Edition Mnemosyne *Don Juan d'Austria und die Schlacht bei Lepanto* von Felix Hartlaub. In den Feuilletons der *Süddeutschen* und der *Frankfurter Allgemeinen* wurde dieses historische Werk hochgelobt, da es einen bis dahin unter deutschen Historikern nicht gekannten literarischen Ton anschlage.

Caroline Sommerfeld, nach eigenen Angaben Philosophin und Mutter dreier Kinder, empfiehlt in einer Rezension vom 1. August 2017 für die Zeitschrift *Sezession* Hartlaubs Werk der identitären Jugend, einfach weil dort eine Schlacht geschildert wird, die Christen gegen Muslime gewonnen haben. Der Antaios-Verlag, der zum identitären und rechtsextremen Braintrust der Republik gehört, bietet Hartlaubs Werk prominent an. Unter dem Button „Leser bestellen auch“ wird man auf ein Sonderheft der *Sezession* weitergeleitet, in dem sich beispielsweise Siegfried Gerlich mit dem „Auschwitz-Mythos“ befasst. Was ist hier passiert? Wie kann eine Linie von Hartlaubs Dissertation zu den Denkanstößen Rechtsextremer gezogen werden?

Felix Hartlaub, Jahrgang 1913, studierte Mitte der Dreißigerjahre in Heidelberg und Berlin zunächst Romanistik, dann Geschichte. 1939 schloss er seine Dissertation über „Don Juan d'Austria und die Schlacht bei Lepanto“ ab und wurde am 16. Januar 1940 mit Auszeichnung promoviert. Da war er bereits einfacher Obergefreiter der Wehrmacht und sollte dies bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bleiben. Im Krieg, er war in Frankreich und Rumänien, führte er Tagebuch. Hartlaub schrieb in seinen Briefen, dass er zur falschen Zeit am falschen Ort sei, dass sein Leben wie das Leben vieler anderer langsam oder rasch zerstört werden würde. Er bemerkte, wie sich seine Person, seine Zivilität in der Maschinerie des Krieges auflöste. „Die Impressionen und Beobachtungen, welche er sich im Stillen notiert hat, verbergen hinter sachlicher, oft ironischer Unpersönlichkeit die tiefe Erschütterung eines Menschen, der die Katastrophe frühzeitig ahnte“, sagt Geno Hartlaub über ihren Bruder. Hartlaub ist Historiker und gilt als solcher als fähig. Ab dem Sommer 1943 wird er in das Führerhauptquartier abkomman-

diert und nimmt dort an den täglichen Lagebesprechungen teil, die er zu dokumentieren hat. In einem letzten kurzen Urlaub Anfang 1945 übergibt er seiner Schwester alle Aufzeichnungen und Notizen. Dort findet sich nichts „nachrichtendienstlich“ Relevantes, aber für eine sofortige standrechtliche Erschießung hätten diese Schriftstücke im Falle einer Entdeckung allemal gereicht. Hartlaub wird in den Häuserkampf um Berlin abkommandiert und gilt seit April 1945 als vermisst. Seine Schwester wartet fünf Jahre. Dann veröffentlicht sie seine Aufzeichnungen „Von unten gesehen“, die 1950 im Koehler-Verlag in Stuttgart erscheinen. Der schmale, 156 Seiten umfassende Band enthält im ersten Teil Beschreibungen von Landschaften und Situationen in einer Sprache, die an Fontane oder an von Keyserling erinnert, die dennoch neu und wie nur für diese Situationen erschaffen wirkt.

Diese knapp skizzierten anekdotischen Darstellungen zur Rezeption Hartlaubs (es gibt zwischenzeitlich eine Werkausgabe bei Suhrkamp und eine Biografie, die Hartlaub eine nicht bewiesene, aber vermutete Nähe zum Widerstandsnetzwerk der *Roten Kapelle* nahelegt) zeigen prototypisch, wie um Hartlaub gerungen wird und wie die rechte Szenerie versucht, anspruchsvoll und literarisch gebildet Ereignisse und Personen in ein ideologisiertes Weltbild einzupassen. Bis eine Jahreszahl und ein Name auf einem Gewehrlauf stehen.

Stefan Hanß ist zuzustimmen, wenn er sagt, dass an Lepanto anders gedacht werden müsse. Wenn sich eine Gesellschaft einer Geschichtsvereinnahmung oder -verfälschung entgegenstellen wolle, dann sollten Ereignisse wie Lepanto nicht nur als „christlicher Sieg“ erinnert werden, sondern auch daran gedacht werden, dass Menschen anderer religiöser Zugehörigkeit umgebracht wurden. Damit stellt sich die Frage der *Wertigkeit* einer Geschichtskultur, die Christen und Muslime als Teil einer gemeinsamen europäischen Geschichte denken könnte und sollte. Als Ferdinand und Isabella von Spanien 1492 den Untergang von *al-Andalus* und das Ende der *Reconquista* feierten, war dies eine europäische Tragödie, wurde dadurch doch die Vernichtung des liberalen Islam vorangetrieben und eine der kulturell und wirtschaftlich blühendsten Regionen Europas rund um Granada und Cordoba zer-

stört. Zehntausende sephardische Juden flohen nach Nordafrika. Man sollte die Geschichte des „Abendlandes“ neu erzählen und sich von der Dichotomie „Morgenland“ versus „Abendland“ lösen, denn diese Geschichte ist so unvollständig, dass man sie falsch nennen muss.

Der Terror von Christchurch ist durch sogenannte *Soziale Medien* heute in Echtzeit weltweit präsent und wird sofort weltweit zur Gefahr. Der Meldestelle *respect!* der Jugendstiftung Baden-Württemberg wird Hetze im Internet gemeldet. Eingehende Informationen werden bewertet und gegebenenfalls zur Anzeige gebracht. Am 18. März 2019 wurde die Meldestelle darüber informiert, dass ein Nutzer unter einen Youtube-Livestream der Attentate von Christchurch postete, „endlich jemand der genau sowas vorhat wie ich“. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart nahm Ermittlungen auf.

TEXT:

Wolfgang Antes
Jugendstiftung Baden-Württemberg